

Ein Nein zum Projekt ist kein Nein zur Vision

Standpunkt

von Carmen Stalder



Die Stimmbevölkerung von Biel und Nidau wird im Juni nicht an der Urne über Agglolac befinden können. Und das ist gut so. Ein Jahrhundertprojekt, wie das neue Seequartier auch bezeichnet wird, sollte bei seiner Lancierung nicht auf solch wackligen Beinen stehen, wie es Agglolac zuletzt tat. Eine Mehrheit der Stimmbevölkerung stellte sich gemäss BT-Umfrage gegen das Vorhaben. Und auch in den beiden Stadträten fanden sich die Befürworterinnen und Befürworter diese Woche in der Minderheit wieder – wenn auch teilweise haarscharf, wie der Stichtscheid im Nidauer Parlament zeigte. Doch auch wenn dieser umgekehrt ausgefallen wäre, würde dies nicht genügen: Für die Entwicklung eines komplett neuen Stadtteils braucht es klare politische Mehrheiten. Ein Generationenprojekt an solch sensibler Lage muss breit abgestützt sein – und diese Akzeptanz hat Agglolac klar gefehlt.

Es macht also durchaus Sinn, dass die Entwicklung des Expo-Areals eine Extrarunde drehen muss. Stellt sich nur die Frage, wie lange diese ausfallen wird. Es gibt gerade einmal zwei Punkte, in denen sich die Gegnerschaft wirklich einig ist: Das vorgelegte Pro-

jekt wird ebenso abgelehnt wie der Jetztzustand. Geht es dann darum, wie das Gebiet entwickelt werden soll, liegen Welten zwischen den verschiedenen Opponenten. Sie wollen ein autofreies Quartier, aber bitte sehr mit mehr Parkplätzen. Sie wollen keinen privaten Investor, aber jemand muss ihnen schöne neue Freiräume bezahlen. Sie wollen die Stadt an den See holen und aus der Brache soll ein grosser grüner Park werden. Es sind gerade diese Widersprüche, die das Projekt haben scheitern lassen.

Ein Widerspruch versteckt sich auch in der Forderung nach weniger Wohn- und dafür mehr Freiraum. Denn die Dichte der Wohnüberbauung ist eng gekoppelt an die für die Gestaltung des Freiraums nötigen Mittel. Die Städte Biel und Nidau hätten von der Investorin durch die Landgeschäfte knapp 90 Millionen Franken erhalten, wovon sie je die Hälfte in die Bereitstellung des Baulandes und die Aufwertung von Freiflächen und Seezugang investieren wollten. Würde die Wohnüberbauung wie von den Gegnerinnen gefordert stark redimensioniert, stünde entsprechend weniger Geld für die Neugestaltung des öffentlichen Bereichs zur Verfügung. Durchbrechen liesse sich die-

ser Teufelskreis nur, wenn die beiden Städte auf zentrale Elemente wie die Verlängerung des Barkenhafens verzichten oder die Aufwertung aus eigener Tasche bezahlen würden. Letzteres wiederum bedingt die Aufnahme von Fremdkapital, für Nidau seit eh und je ein rotes Tuch. Und das ohnehin schon schuldengeplagte Biel liesse sich wohl kaum dafür erwärmen, ihrer kleinen Nachbarin eine Aufhübschung des Seeufers zu spendieren.

In Anbetracht all dieser komplexen Verstrickungen scheint die Projektgesellschaft nun vor einer schier unmöglichen Aufgabe zu stehen. Wer erwartet, dass bei einem neuen Projekt alle politischen Parteien, alle beteiligten Akteure und am besten auch noch jede Person in der Stimmbevölkerung zustimmend nicken soll, erwartet von den Verantwortlichen, sich an der Quadratur des Kreises zu versuchen. Die Gegnerschaft hat erzwungen, dass die Planung von Grund auf neu überdacht werden muss. Mit einem Rückweisungsantrag, wie ihn die Bieler GLP vergeblich durchsetzen wollte, hätten die beiden Parlamente ihren jeweiligen Gemeinderäten den Weg aufzeigen können, den das Projekt nehmen muss, damit es doch noch mehrheitsfähig wird.

Für eine solche Rückweisung hätten sich die politischen Parteien allerdings auf ein gemeinsames Vorgehen einigen müssen. Von allen Seiten wäre Kompromissbereitschaft gefordert gewesen. Doch davon war wenig zu spüren. Das ist schade.

Es ist allerdings noch lange kein Grund, den beiden Städten eine düstere wirtschaftliche Entwicklung zu prophezeien, so wie das im Bieler Stadtrat aus liberaler Ecke gemacht worden ist. Nur weil das Projekt in der ersten Runde gescheitert ist, heisst das nicht, dass die Vision von Agglolac als solche auch tot ist. Die Idee, die Städte an den See zu bringen und den Uferbereich für die breite Öffentlichkeit aufzuwerten, wird von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern von Biel und Nidau getragen. Zurecht hat sich das Nidauer Parlament darauf geeinigt, einen Dialogprozess zu lancieren, in den die Bevölkerung miteinbezogen werden soll. Bei all den unterschiedlichen Ansprüchen wird es dieses Bestreben zwar nicht leicht haben. Doch es ist nun an der Zeit, die hochgekochten Emotionen abkühlen zu lassen und sich auf einen sachlichen Lösungsfindungsprozess einzulassen. Die Vision Agglolac hat es verdient, in eine zweite Runde geschickt zu werden.

Hess zieht Nidauer Alleingang in Betracht

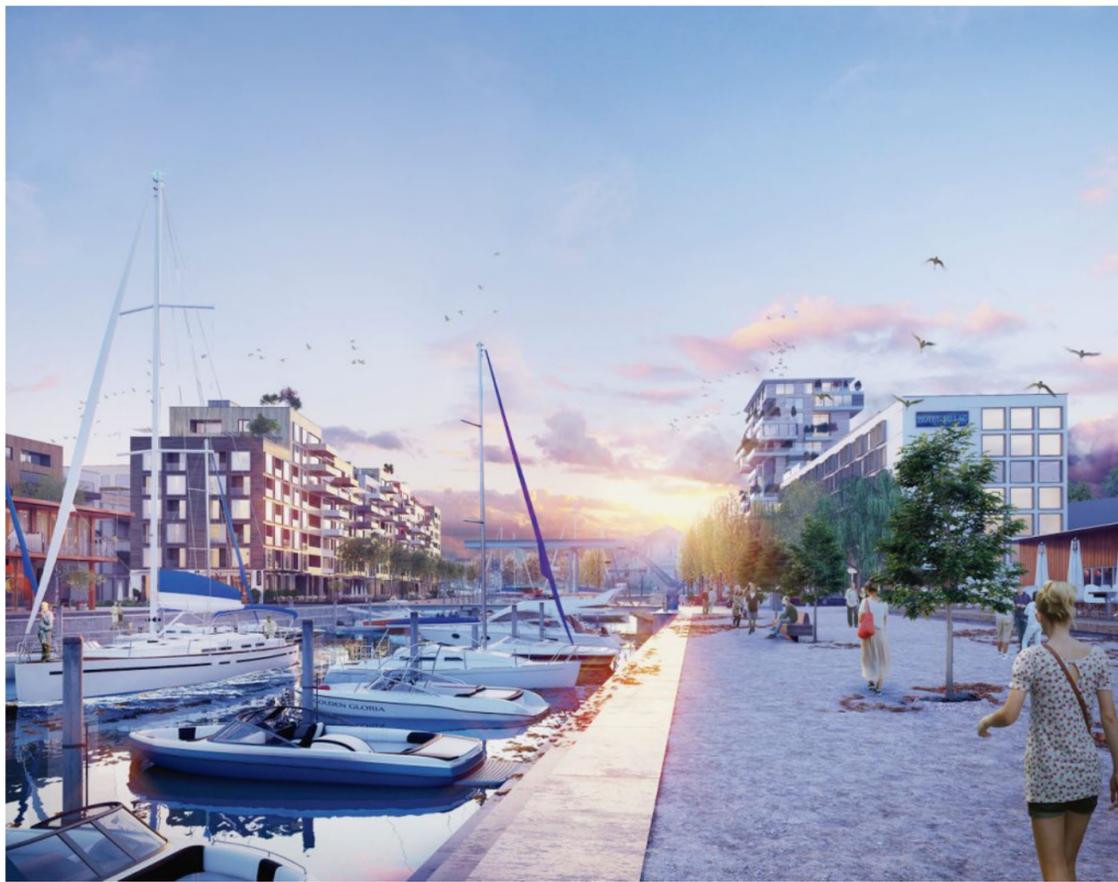
Agglolac Nidaus Stadtpräsidentin Sandra Hess und Biels Stadtpräsident Erich Fehr zeigen sich schwer enttäuscht über die Niederlage in den Parlamenten. Hess will für die weitere Planung auch das komplizierte Modell mit zwei involvierten Gemeinden diskutieren.

Lino Schaeren

Biels Stadtpräsident Erich Fehr (SP) musste am Donnerstagabend eine herbe Niederlage einstecken. Bis zuletzt hat er im Parlament für das neue Seequartier Agglolac gekämpft, Unterstützung erhielt er dabei aber nur von den vermeintlichen politischen Gegenspielern. Von seinen Parteikolleginnen, den Genossinnen und Genossen, bekam Agglolac im Bieler Stadtrat in der Schlussabstimmung keine einzige Stimme. Auch bei den Grünen stimmte einzig Benedikt Loderer zu. Der rot-grün dominierte Gemeinderat wurde vom eigenen Lager in Allianz mit der SVP regelrecht abgestraft. Das mit der Stadt Nidau und der Investorin Mobimo über rund zehn Jahre gemeinsam entwickelte Stadtquartier ist damit vom Tisch. Fehr sprach gestern Morgen, gut elf Stunden nach der Schlussabstimmung im Stadtrat, von einer «verpassten grossen Chance».

Agglolac sollte die Stadt ans Nidauer Seeufer bringen und den öffentlichen Uferbereich aufwerten. 42 Millionen Franken wären alleine in die öffentliche Infrastruktur geflossen, rund die Hälfte davon in den neuen Barkenhafen. Das Vorhaben stiess aber an beiden Enden des politischen Spektrums auf alles andere als fruchtbaren Boden. Die Überbauung mit bis zu 800 neuen Wohnungen nur rund 25 Meter hinter dem Bieler Strandbad wurde von links und rechts als überdimensioniert betrachtet, der Grüngürtel als zu schmal. Diese Kritik widerspiegelte sich auch in der Bevölkerung von Biel und Nidau, wie eine repräsentative Umfrage der Gassmann-Medien Anfang Woche zeigte. Und dann war da, zumindest im Bieler Stadtrat, noch der Faktor Mobimo: Die private Investorin wurde von über 20 linken Ratsmitglieder zum Feindbild erklärt, weil sie auf dem ehemaligen Expo-Gelände nach maximalem Profit strebe.

Fehr glaubt zwar nicht, dass die Abneigung gegenüber Mobimo in Biel alleine gereicht hätte, um das Projekt zu versenken. Trotzdem stört ihn das Bild der gewinnorientierten Grossinvestorin, die eine Maximalvariante durchboxen will, das vordergründig von seinen Parteikolleginnen und -kollegen gezeichnet wurde. Die Grösse der Überbauung, sagt Fehr, habe sich nach dem Geldbetrag gerichtet, den die Gemeinden aus den Landgeschäften erwirtschaften mussten, um die öffentliche Infrastruktur finanzieren zu können. Denn Nidau



Es bleibt bei der Vision: Agglolac mit der Marina beim Nidauer Barkenhafen ist in den Stadträten gescheitert. VISUALISIERUNG: ZVG

hatte eine Verschuldung von Beginn an ausgeschlossen. Der Wunsch von Mobimo nach möglichst vielen Wohnungen sei also nicht zentral gewesen. «Die geplante Bruttogeschossfläche wurde durch die Städte getriggert, nicht durch die Investorin, was viele in der Debatte aber nicht begriffen haben.»

Mobimo mit zweiter Chance

Die durchs Band ablehnende Haltung auf linker Ratsseite erklärt sich Fehr durch einen Gesinnungswandel in den letzten Jahren. Er nehme heute eine zunehmende Skepsis gegenüber grossen Entwicklungen wahr, sagt der Bieler Stadtpräsident. «Man will lieber nicht zu viel auf einmal, möglichst partizipativ arbeiten und nach Möglichkeit nicht mit privaten Partnern.» Die Vision Agglolac, die eine Aufwertung des Seezugangs mit verdichtetem Bauen an städtebaulich attraktiver Lage verbindet, sieht

Fehr durch die abschlägigen Entscheide der Parlamente nicht gestorben.

Es gebe zwar, das betont er, keinen Plan B. Die Städte Biel und Nidau sind mit Mobimo aber vertragliche Verpflichtungen eingegangen, wonach der Investorin auf dem Expo-Gelände eine zweite Chance zusteht. Wollen die Gemeinden einseitig aus den Verträgen aussteigen, müssen sie die von Mobimo finanzierte Planung in Höhe von 5,7 Millionen Franken berappen; zusammen mit den bereits geleisteten 1,5 Millionen würde das gescheiterte Agglolac Biel und Nidau insgesamt 7,2 Millionen Franken kosten. In Nidau wäre aufgrund der Finanzkompetenzen gar eine Volksabstimmung nötig, um sich aus der Planungsvereinbarung mit Mobimo freizukaufen.

Doch das ist nur eines von vielen möglichen Zukunftsszenarien. Mobimo äusserte sich gestern nur in einer knappen Medienmitteilung zu den Parla-

mentsentscheiden, CEO Daniel Ducrey stand für eine Stellungnahme nicht zur Verfügung. Man werde, teilt das Unternehmen mit, zusammen mit den Städten eine Standortbestimmung vornehmen und zu gegebener Zeit über das weitere Vorgehen informieren. Nidaus Stadtpräsidentin Sandra Hess (FDP) jedenfalls stellt die private Investorin für die künftige Planung nicht infrage. Anders als in Biel ist Mobimo in der Nidauer Politik bei den Agglolac-Gegnern kaum ein zentraler Faktor. Trotzdem steht Hess kurz nach dem Misserfolg einer zweiten Planungsrunde in derselben Konstellation eher skeptisch gegenüber. Man sei sich in Biel und Nidau einig, dass man das vorgelegte Projekt nicht wolle und dass der Status quo schlecht sei. «Wo es aber stattdessen hingehen soll, da geht der Fächer dann sehr weit auf. Ich zweifle daran, dass man sich da rasch auf gemeinsame

neue Rahmenbedingungen einigen wird.»

Hess ist also inzwischen nicht mehr restlos überzeugt vom gewählten Modell – allerdings nicht der Investorin wegen, sondern aufgrund der komplexen Ausgangslage mit zwei involvierten politischen Gemeinden. Man müsse nun eine Verschnaufpause einlegen und dann die Diskussion aufnehmen, ob die gemeinsame Entwicklung des Expo-Areals noch realistisch sei, sagt die Nidauer Stadtpräsidentin; «oder ob es nicht gescheiter wäre, wenn Nidau Biel das Land abkauft, um aus einer Hand planen zu können». Die Stadt Biel hatte 1996 nach einem Firmenkonkurs unter der Regie des damaligen Stadtpräsidenten und heutigen Ständerats Hans Stöckli (SP) die Parzellen auf Nidauer Boden erworben. Grund dafür war die anstehende Expo.02 am Seeufer.

«Das ist nicht unüblich»

Über die knappe Ablehnung durch das Nidauer Parlament am Donnerstagabend zeigt sich Hess «sehr enttäuscht». Es sei verunmöglicht worden, ein Entscheid von solch grosser Tragweite der Stimmbevölkerung zu überlassen. Vor allem aber glaubt auch sie, dass Nidau eine grosse Chance verpasst habe. Hess ist überzeugt: «Man hätte mit diesem Projekt eine Dynamik auslösen können, die nicht nur Nidau und Biel, sondern der ganzen Region zu Gute gekommen wäre.» Trotz der Enttäuschung sagt sie, dass sie davon ausgehe, einen konstruktiven Weg für die Arealentwicklung zu finden. Der Nidauer Stadtrat hat jedenfalls am Donnerstag kurz vor Mitternacht den Gemeinderat mit der Schaffung einer Art Begleitgruppe beauftragt, die unter Einbezug aller Beteiligten mögliche Lösungen diskutieren soll. Dazu gehören nicht nur politische Bewegungen, sondern etwa auch die betroffenen Nidauer Vereine.

Erich Fehr indes bedauert das Nein zu Agglolac zwar, sagt aber auch, dass man deshalb jetzt nicht zu sehr schwarzmalen dürfe. Er wolle nicht relativieren, es sei jedoch nicht unüblich, dass Planungen solcher Dimension in einem ersten Versuch scheiterten. Bestes Beispiel dafür sei etwa das Hardturm-Stadion in Zürich. «Wenn man einen neuen Stadtteil plant, können Rückschläge passieren.» In diesem Fall folgte der Rückschlag in Form eines Neins in Biel und Nidau nach zehnjähriger Planung.